



Leseprobe aus Breuer und Winands, Identität, Diskriminierung und Gewalt,
ISBN 978-3-7799-7082-8 © 2024 Beltz Juventa
in der Verlagsgruppe Beltz, Weinheim Basel
[http://www.beltz.de/de/nc/verlagsgruppe-beltz/
gesamtprogramm.html?isbn=978-3-7799-7082-8](http://www.beltz.de/de/nc/verlagsgruppe-beltz/gesamtprogramm.html?isbn=978-3-7799-7082-8)

Inhalt

Einleitung <i>Martin Winands und Marc Breuer</i>	7
Teil 1: Theoretische Grundlagen und Konzepte	
Der öffentliche Raum als identitätsstiftende Bühne für Devianzgruppen <i>Martin Winands</i>	18
Kollektive Identitäten in der Sozialen Arbeit <i>Marc Breuer</i>	34
Soziale Distanz überwinden, Identifikationen relativieren <i>Claudia Himmelsbach, Rebecca Hofmann und Albert Scherr</i>	50
Teil 2: Extremismus und Gewalt unter Jugendlichen	
Ethnische Abgrenzung und Offenheit bei delinquenten Jugendlichen <i>Steffen Zdun</i>	66
Wie kann Soziale Arbeit mit gewaltbereiten türkeistämmigen Jungen gelingen? <i>Ahmet Toprak</i>	79
Einblick in die primäre Präventionsarbeit mit jungen Menschen <i>Magda Langholz und Adriane Schmeil</i>	90
„Was heißt hier Extremismus?“ <i>Birgit Dellwig und Susanne Brundiers</i>	106
Teil 3: Abwertung und Diskriminierung von Geflüchteten	
„Ich mach jetzt gar nichts mehr“ <i>Laura Schlachzig</i>	120
Weil Diskriminierung real ist <i>Christina Dietl und Martin Strätling</i>	141

Teil 4: Antisemitismus und Rechtsextremismus

Antisemitismus zwischen Beständigkeit und Ächtung <i>Florian Diddens</i>	154
„Türöffner“-Themen für „taktisch denkende Nationalisten“ <i>Thomas Pfeiffer</i>	174
Verzeichnis der Beitragenden	191

Einleitung

Martin Winands und Marc Breuer

Problemskizze und theoretische Einordnung

Unsere heutige Gesellschaft zeichnet sich durch eine Vielfalt an Lebensformen und Lebensstilen, durch ein Nebeneinander weltanschaulicher und religiöser Orientierungen sowie durch ethnische Pluralität aus. Grundsätzlich ist das eine Selbstverständlichkeit in demokratischen Gemeinwesen, die jedoch nicht immer konfliktfrei ist. Eine Demokratie verlangt in vielfältiger Hinsicht Aushandlungsprozesse, Kompromissfähigkeit und Verständnis für andere Lebensentwürfe. Daraus resultieren Herausforderungen für die Soziale Arbeit. Die erfahrbare Pluralität trifft mitunter auf Einstellungen, Diskurse und Praktiken der Gewalt, welche die demokratischen Grundlagen der Gesellschaft infrage stellen oder auch gefährden. Der vorliegende Band verbindet zeitdiagnostische Beobachtungen und theoretische Analysen, um diese als Herausforderungen für die Soziale Arbeit näher zu bestimmen und konzeptionell zu berücksichtigen.

In der interaktionistischen Identitätstheorie sind vier wesentliche Grundqualifikationen des Rollenhandelns beschrieben worden, welche die Anforderungen einer Demokratie an Aushandlungen, Kompromissfähigkeit und wechselseitige Verständnisse erfassen und wesentlich für die Identitätsentwicklung sind. Neben der Rollendistanz zählen dazu die Identitätsdarstellung, die Ambiguitätstoleranz sowie Empathie (vgl. Krappmann 2021). Von besonderer Relevanz scheinen für den vorliegenden Kontext Empathie und Ambiguitätstoleranz zu sein. Das Hineinversetzen in andere Subjekte – auch in solche, die möglicherweise vollkommen andere Auffassungen vertreten – ist die Grundlage, um überhaupt andere Personen – die/den Andere/n – ansatzweise verstehen zu können. In einer Gesellschaft mit variantenreichen Identitätsentwürfen werden die Menschen permanent mit von der eigenen Haltung abweichenden Vorstellungen konfrontiert, mit konträren Lebensentwürfen, politischen Positionen oder religiösen Auffassungen. Homogene Gesellschaftsstrukturen mit geteilten biografischen Erfahrungen gibt es im 21. Jahrhundert kaum noch, sie haben sich zumeist aufgelöst oder gravierend verändert, wie zahlreiche Zeitdiagnosen (vgl. z. B. Beck 1986; Reckwitz 2017) zeigen.

Allerdings führen diese gesellschaftlichen Veränderungen und Neuordnungen auch dazu, dass Teile der Gesellschaft solche Prozesse eher als Bedrohung denn als Herausforderung oder gar Zugewinn wahrnehmen. Studien etwa zur Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit (vgl. z. B. Heitmeyer 2002; Zick/Küpper 2021) reflektieren solche Erosionsprozesse. Auch gesellschaftliche und politi-

sche Debatten, beispielsweise um den Umgang mit gleichgeschlechtlichen Partnerschaften oder die Aufnahme bzw. Integration von zugewanderten Menschen, dokumentieren keineswegs eine Einheitlichkeit in der Problemauffassung. Solche Kontroversen sind grundsätzlich ein wichtiges Merkmal demokratischer Prozesse, führen sie doch im Idealfall zu einer Verständigung und einem Kompromiss. Allerdings torpedieren Polemiken, Zuspitzungen und auch Radikalisierungen konstruktive Entwicklungen. Darin kommt ein Mangel an Ambiguitätstoleranz zum Vorschein, insofern einige Akteure nicht in der Lage oder nicht mehr willens sind, Unsicherheiten, Konflikte oder einfach „Andersheit“ zur Kenntnis zu nehmen bzw. auszuhalten, ohne dies mit negativen Assoziationen zu verknüpfen. Hinzu gesellen sich Mobilisierungsexpertinnen und -experten auf politisch-institutioneller Ebene, die in der Lage sind, diesen Mangel an Ambiguitätstoleranz und damit verbundene Ängste sowie Unzufriedenheit aufzugreifen und zu kanalisieren.

In der Folge entstehen massive gesellschaftliche Konflikte, die sich je nach politischer Konjunktur zuspitzen und teils kaum noch regulierbar sind. In der jüngeren Vergangenheit wurde 2015 eine zunehmend kontroverse Debatte über Flüchtlinge geführt, die letztlich unter anderem in Brandanschlägen gipfelte. Hinzu gesellten sich die gravierenden Übergriffe am Kölner Hauptbahnhof in der Silvesternacht 2015/2016, die zu einer langen Diskussion über gewaltbereite Migrantinnen und Migranten führten. Ansatzweise flammte diese Kontroverse in der Silvesternacht 2022/2023 wieder auf, als es zu Angriffen gegen Rettungskräfte unter Beteiligung unter anderem migrantischer Gruppen gekommen ist. Die Frage einer gelungenen Integration von Zugewanderten scheint längst nicht abschließend geklärt, sondern nach wie vor von wenig hilfreichen Vorurteilen – auch unter prominenten politischen Akteurinnen und Akteuren¹ – überlagert zu sein und verkürzt zu werden. Zwischen 2020 und 2022 versuchten Agitatorinnen und Agitatoren im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie eine gesellschaftliche Spaltung herbeizuführen, was ihnen teilweise auch gelungen ist. Dabei traten radikale Gruppen in einer bis dahin eher ungewöhnlichen Massivität im öffentlichen Raum auf. Solchen Ereignissen ist gemein, dass sich Positionen teils unversöhnlich entgegenstehen, extreme Zuspitzungen entstehen und Radikalisierungsprozesse begünstigt werden.

Die Gemengelage ist unübersichtlich geworden, zahlreiche Identitätswürfe werden in den gesellschaftlichen Konfliktlagen in Stellung gebracht. Es geht um Macht bzw. Deutungshoheit in der Interaktion und um die Schädigung von Iden-

1 Der Vorsitzende der CDU nannte in einer ZDF-Talkshow im Januar 2023 arabischstämmige Jugendliche im Zuge der Silvester-Ausschreitungen in Berlin 2022/2023 „kleine Paschas“. Diese Zuschreibung wurde intensiv in der Öffentlichkeit diskutiert und hat sich in der Folge mehr oder weniger zu einem Paradebeispiel einer unsachlich geführten Debatte über Integration entwickelt.

titäten. Dabei sind es keineswegs ausschließlich extremistische Gruppierungen, die auffällig sind. Beteiligt sind verschiedene Milieus, auch ein bürgerliches, gemäßigeres Klientel scheint anschlussfähig zu sein für feindseligere Haltungen und Abgrenzungen. Dabei darf nicht übersehen werden, dass es in diesem Land offenkundig zahlreiche Menschen gibt, die abgehängt sind oder sich zumindest abgehängt fühlen, deren Identitäten durch Veränderungen negativ beeinträchtigt werden. Manche Gruppen wenden sich von der demokratischen Verfasstheit ab, möchten sich daran nicht beteiligen. Das gilt für die sogenannten Reichsbürger und für weitere extremistische Gruppen unterschiedlicher Ausrichtung. Auch politische Wahlen mit niedrigen Beteiligungswerten auf Bundes-, Landes- und Kommunalebene führen eine Distanz gegenüber parlamentarischen Prozessen vor Augen. Bei genauer Betrachtung zeigen sich zahlreiche Problemlagen, von denen einige zum Gegenstand einer professionellen Sozialen Arbeit werden, wenngleich viele Aspekte auch in den Kontext einer politischen Diskussion und Entscheidungsfindung einzuordnen sind. Soziale Arbeit, die „nah dran“ sein will an gesellschaftlichen Konjunkturen und Konflikten, wird sich in Zukunft verhalten müssen in einer mitunter aufgeheizten, kontroversen Atmosphäre. Das sind große Herausforderungen, für die es vielfältige Antworten aus der Wissenschaft der Sozialen Arbeit und ihren Bezugswissenschaften, wie Erziehungs- und Politikwissenschaften, Soziologie und Psychologie braucht.

Im Zentrum des Sammelbandes stehen, aus den vorangehenden Ausführungen abgeleitet, in theoretischer Hinsicht die Begriffe der (kollektiven) Identität, Diskriminierung und Gewalt in Bezug auf Minderheiten und (wahrgenommene) Fremdgruppen.

Kollektive Identitäten (vgl. Reicher 2022 und den Beitrag von Marc Breuer in diesem Band) sind einerseits konstitutiv für das Zusammenleben. Zugehörigkeiten zum Beispiel zu lokalen und überlokalen Gemeinschaften, zu Berufsgruppen, Vereinen, sozialen Schichten und Milieus ermöglichen den zugehörigen Individuen Sinnstiftung und Solidarität. Andererseits geht jede Zugehörigkeit mit der – mehr oder weniger expliziten – Abgrenzung gegenüber jenen einher, die nicht dazu gehören, die in bestimmter Hinsicht ‚anders‘ sind oder ‚fremd‘ erscheinen. In der Folge können aus identitätsstiftenden Abgrenzungsversuchen Abwertungs- und Gewaltprozesse resultieren. Die Erhebung über als fremd, anders oder minderwertig verstandene Personen und Gruppen zeigt sich anhand unterschiedlicher Phänomene. So dokumentieren empirische Studien bereits seit Jahren, dass sogenannte menschenfeindliche Einstellungen gegenüber marginalisierten Gruppen stabil in der Bevölkerung verankert sind. Heitmeyer et al. (2020) etwa vertreten die These, dass solche etablierten, feindseligen Einstellungen auch einen Vorhof für gewaltbereite, extremistische Gruppen darstellen. Auch aus der Forschung zu religiös-fundamentalistischen Gruppierungen ist die identitätsstiftende Überbetonung der eigenen Gruppe bekannt.

Diskriminierungen sind daher vielfach eine Schattenseite kollektiver Identitäten (vgl. Scherr 2017). Es handelt sich dabei um Ungleichbehandlungen von Individuen oder Gruppen aufgrund eines zugeschriebenen Merkmals. Manche Diskriminierungen gelten als legitim. Das ist etwa der Fall, wenn eine Berufsausübung von einem bestimmten Examen oder einem nachgewiesenen Niveau der Sprachkenntnisse abhängig gemacht wird oder bei einer Wohnungsvermietung Menschen mit festem Einkommen bevorzugt werden. Als problematisch gelten solche Diskriminierungen, die Menschen über die legitimen Anforderungen hinaus in ihrer gesellschaftlichen Teilhabe einschränken: Wenn die Einstellung zusätzlich vom Geschlecht oder von der Hautfarbe abhängig gemacht wird oder die Vermietung von der Lage der vorangehenden Wohnung. In solchen Fällen liegt häufig die Vorstellung eines ‚Wir‘ zugrunde: Es handelt sich um Kollektive, die den Zugang zu gesellschaftlichen Teilbereichen kontrollieren und sich zum Beispiel implizit als ‚männlich‘, ‚weiß‘ oder aus ‚guten‘ Wohnlagen kommend verstehen. Die Beispiele stehen zugleich für Formen einer verdeckten, nicht physischen Gewaltausübung.

Gewalt stellt in radikalisierten Gruppen ein zentrales Ausdrucks- und Durchsetzungsmerkmal dar, ist sie doch stets verfügbar und in ihren Formen spektakulär-zerstörerisch (vgl. u. a. Heitmeyer/Schrötte 2006; Imbusch 2002; Heitmeyer et al. 2010). Ebenso dient Gewalt der Stabilisierung von Gruppen und der Schaffung einer Gruppenidentität, die sich möglicherweise auf anderen, gesellschaftlich akzeptierten Wegen nicht herstellen lässt. Feindseligkeit gegenüber Verachteten und daraus resultierende gewaltförmige Aktionsformen übernehmen somit eine zentrale identitätsstiftende Funktion. Entsprechend ist die Bedeutung der Gruppe in Gewaltkontexten kaum zu überschätzen. Dabei belegt die Gewaltforschung ebenfalls, dass gerade solche Personen zu gewaltaffinen Verhaltensweisen tendieren, die selbst in ihrer Sozialisation Gewalterfahrungen ausgesetzt waren.

Sozialwissenschaftliche Theorien und empirische Erkenntnisse liefern wesentliche Impulse für die anwendungsorientierte Soziale Arbeit in prekären sowie in gewaltanfalligen Milieus, aber auch für die vorgelagerte Präventionsarbeit. Auf dieser Basis werden exemplarische Ansätze Sozialer Arbeit in ausgewählten Arbeitsfeldern (wie Jugendarbeit, Schulsozialarbeit, Kindergärten, Migrationsberatung) dargestellt und in den theoretischen Kontext eingeordnet. Entsprechend versammelt der vorliegende Band Beiträge zu Gruppenbildungen, Identitäten und Abgrenzungen, welche sich negativ auf die gesellschaftlich erfahrbare Pluralität beziehen und diese – mehr oder weniger gewaltsam – zu unterbinden suchen. Diese Entwicklungen fordern die Profession Soziale Arbeit in besonderem Maße heraus. In unterschiedlichen Handlungsfeldern treffen Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter auf menschenverachtende Einstellungen und Verhaltensweisen. Die Entwicklung entsprechender Handlungskonzepte sowie einer pädagogischen Haltung gehören daher zu den Kernaufgaben einer Sozialen Arbeit. Diese Aufgaben ergeben sich aus zentralen professionsethni-

schen Grundsätzen wie der Vorstellung von der Gleichwertigkeit der Menschen und dem Eintreten für schwache Gruppen.

Der Band geht auf einen Fachtag mit dem Titel „Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit gegenüber ethnischen und religiösen Minderheiten“ zurück, den die beiden Herausgeber im Sommer 2021 an der Katholischen Hochschule Nordrhein-Westfalen, Abteilung Paderborn, durchführten. In Form mehrerer Vorträge wurden sozialwissenschaftliche Theorien und empirische Erkenntnisse vorgestellt. Bei der anschließenden Vertiefung in Form mehrerer Workshops ging es insbesondere darum, Theorien und Forschungsergebnisse für ausgewählte Handlungsfelder der Sozialen Arbeit fruchtbar zu machen.

Aufbau und Beiträge

Teil I bezieht sich auf theoretische Grundlagen und Konzepte, mit deren Hilfe sich die benannten Probleme analysieren lassen. Die anschließenden drei Teile konkretisieren diesen Ansatz für ausgewählte Gegenstandsbereiche. Über alle Teile hinweg finden sich sowohl Beiträge mit theoretischem oder konzeptionellem Fokus wie auch empirische Studien oder solche, die vorrangig Erfahrungen der Praxis reflektieren.

Teil I: Im Wesentlichen heben die Beiträge auf die zentralen Begriffe des Sammelbandes – Identität, Diskriminierung und Gewalt – ab. Ein besonderer Fokus wird dabei auf Kollektive gerichtet, da sich Gewalthandlungen und Diskriminierungen nicht selten gegen Gruppen richten und vielfach auch aus Gruppen heraus erfolgen. Exemplarisch wird dies am Konzept der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit (vgl. etwa Heitmeyer 2002) sichtbar, das dezidiert Feindseligkeit gegenüber fremden und als anders definierten Gruppen in den Blick nimmt. Dabei wird auch deutlich, dass sich Abwertungen nicht nur gegen einzelne Gruppen richten, sondern – im Sinne eines Syndroms – mehrere Gruppen adressiert werden können.

Im Eröffnungsbeitrag führt *Martin Winands* den öffentlichen Raum als Ort für Feindseligkeiten gegenüber „Anderen“ aus. Dabei folgt er der Fragestellung, wie Devianzgruppen durch Gewalt- und Abwertungshandlungen eine eigene Gruppenidentität formieren. Ausgehend von devianz- und raumtheoretischen Perspektiven wird in dem Beitrag aufgezeigt, wie deviante Gruppen sich öffentliche Räume auch gewaltsam aneignen und damit eine Aufwertung der Gruppenidentität bei gleichzeitiger Abwertung von als feindlich markierten „Anderen“ herbeiführen. Eine katalytische Funktion übernehmen dabei das Internet und die sozialen Medien, wobei der digitale mit dem gegenständlichen Sozialraum verschränkt wird. Schließlich werden daraus resultierende Aufgaben für die Gesellschaft und die Profession der Sozialen Arbeit diskutiert.

Marc Breuer widmet sich im Anschluss dem Begriff der kollektiven Identität. Dieser wird in der Sozialen Arbeit zwar vielfältig verwendet, in einschlägigen Lexika und Handbüchern jedoch nicht näher erschlossen. Auch in den benachbarten Disziplinen der Soziologie und Kulturanthropologie sind damit zahlreiche Unklarheiten verbunden. So sind die Relationen zu politischen Identitätskonzepten ebenso problematisch wie jene zu individuellen und Gruppenidentitäten. Als zentrales Merkmal kollektiver Identitäten erweist sich die Abgrenzung einer ‚Wir‘-Gruppe von jenen, die nicht dazu gehören. Kollektive Identitäten sind keinesfalls immer gewaltsam, jedoch finden sich spezifische Legitimationsmuster von Gewalt und Diskriminierung mit ihrer Hilfe. Abschließend erfolgt eine Analyse anwendungsbezogener Texte. Darin wird der Begriff weniger zur Problematisierung von Diskriminierung und Gewalt verwendet. Er dient zumeist vielmehr dazu, die Mitwirkung von Individuen und Gruppen zu beschreiben und zu strukturieren.

Den Abschluss des ersten Teils bildet der Beitrag von *Claudia Himmelsbach*, *Rebecca Hofmann* und *Albert Scherr*. Auf Mertons „self-fulfilling prophecy“ basierend wird die wechselseitige Verfestigung von sozialer Distanz und diskriminierenden Gruppenkonstruktionen dargestellt, wodurch sich Vorurteile etablieren. Dabei stehen vor allem solche menschlichen Begegnungen und Erfahrungen im Zentrum, bei denen Zuschreibungen unhinterfragt bleiben, das heißt nicht dekonstruiert und irritiert werden. Folglich müssten zum Abbau von Vorurteilen Begegnungen initiiert werden, die soziale Distanz und Diskriminierungen auflösen. Unter Bezug unter anderem auf die Kontakthypothese zeigen die Autorinnen und der Autor auf, wie Kontakte und Begegnungen unter Berücksichtigung verschiedener Bedingungen (z. B. gemeinsame Ziele) zum Abbau von Vorurteilen führen können. Dabei werden auch eigene empirische Erkenntnisse aus der Evaluation eines Modellprojektes der Baden-Württemberg Stiftung für die Analysen fruchtbar gemacht.

Die Beiträge von *Teil 2* befassen sich mit Extremismus und Gewalt unter Jugendlichen sowie darauf bezogenen Möglichkeiten der Bewältigung und Prävention insbesondere im schulischen Kontext. Mit Jugend und Schule werden zwei grundlegende Handlungsfelder Sozialer Arbeit in den Blick genommen. Dabei stellt gerade das Jugendalter eine zentrale Phase der Herausbildung der eigenen Identität dar, in der junge Menschen anfällig sind für die Attraktivität devianten Handelns und Anerkennung in mitunter nicht konformen Gruppen suchen können. Der Institution Schule, ausgestattet mit dem staatlichen Erziehungsauftrag, kommt in diesem Zusammenhang die Aufgabe zu, gerade auch solche Kinder und Jugendlichen zu adressieren, die für die Eltern nicht mehr erreichbar sind und sich möglicherweise problematischen Strukturen zugewendet haben. Dementsprechend müssen Schulen fachlich gut vorbereitet und für die Problematik sensibilisiert sein.

Zunächst beschäftigt sich *Steffen Zdun* mit der Offenheit delinquenter Jugendlicher für interethnische Beziehungen. Ausgehend von der verbreiteten Auffassung, dass Gruppenzugehörigkeit entlang ethnischer Homogenität hergestellt wird, zeigt der Beitrag, dass gerade in ethnisch stark gemischten Wohngebieten eine zunehmende Offenheit für interethnische Kontakte zu beobachten ist. Dabei spielt weiterhin Gewalt eine Rolle, allerdings ist für ethnisch gemischte Gruppen nicht mehr die ethnische Zugehörigkeit des Gegenübers ausschlaggebend, sondern es werden andere Legitimationen für Gewalt herangezogen. Dem entgegen ist die Ethnie des Konfliktgegners bei ethnisch homogenen Gruppen weiterhin handlungsleitend. Die Gewalt wird in diesem Fall zu einem nicht unwesentlichen Teil über Elemente Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit begründet.

Daran schließt der Artikel von *Ahmet Toprak* an, der sich mit der Gewaltbereitschaft türkeistämmiger junger Männer befasst und Implikationen für die Soziale Arbeit vorstellt. Dabei wird der Blick auf die Identitätsdiffusionen der Jugendlichen gerichtet, die mit den unterschiedlichen kulturellen Anforderungen der Mehrheitsgesellschaft einerseits und des Heimatlandes der Eltern andererseits konfrontiert sind. Besondere Beachtung findet die eher kollektivistische Prägung durch das Herkunftsmilieu, weshalb sich die Jugendlichen in der Folge auch Gruppen zuwenden. Das ist besonders dann problematisch, wenn diese gewaltanfällig sind und die Akteure prekären sozialen Milieus entstammen. Entsprechend herausforderungsreich gestalten sich die Interventionsmöglichkeiten der Sozialen Arbeit.

Der Beitrag von *Magda Langholz* und *Adriane Schmeil* hebt in der Folge auf konkrete Handlungsansätze der Jugendarbeit zur Prävention von Rassismus und antimuslimischem Rassismus ab. Die Autorinnen stellen vor allem auf Basis der umfangreichen Forschungen zur Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit zwei Konzepte vor, die für die politische Bildungsarbeit unter anderem an Volkshochschulen entwickelt wurden. Aufgrund ihrer Vielfältigkeit lassen sie sich in weiteren Bereichen der Kinder- und Jugendarbeit oder Schulsozialarbeit einsetzen. Die Konzepte sind wegen ihres Bildungscharakters sowie der reflexiven Anteile in der Tradition der Sozialpädagogik verankert. Fachkräfte aus unterschiedlichen Bereichen erhalten auf diese Weise konkrete Handlungsempfehlungen und Orientierungen, was eine gute Umsetzung auch in einem solch variablen Feld ermöglicht.

Im Anschluss daran wenden sich *Birgit Dellwig* und *Susanne Brundiers* der Schulsozialarbeit zu und stellen Handlungsmöglichkeiten im Umgang mit Extremismus in der Schule vor. Im Zentrum steht dabei ein spezifisches Seminarangebot, welches sich sowohl an Fachkräfte der Sozialen Arbeit als auch an Lehrkräfte wendet. In dem Seminar werden unter Bezug auf den „Notfallordner für Schulen in Nordrhein-Westfalen – hinsehen und handeln“ unter anderem Handlungsfelder der Prävention vorgestellt. Dabei stellen die Autorinnen immer

wieder dichte Bezüge zur Praxis in den Schulen her und eröffnen somit auch einen Reflexionsraum für die Fach- und Lehrkräfte.

Teil 3 bezieht sich auf Abwertungen gegenüber eingewanderten Menschen, die aus deren Perspektive als Erfahrungen thematisiert werden. Dahinter zeigen sich Diskurse und Praktiken, die darauf zielen, ein mehrheitsgesellschaftliches ‚Wir‘ mithilfe der Abwertung und Diskriminierung von Geflüchteten zu konstruieren. Für die Profession der Sozialen Arbeit geht es darum, die Erfahrungen ihrer Klient_innen vor diesem Hintergrund zu verstehen. Es führt nicht weiter, die Probleme zu individualisieren. Vielmehr sind gesamtgesellschaftliche Ursachen und Strukturen konzeptionell zu berücksichtigen.

Zunächst untersucht *Laura Schlachzig* rassistische Strukturen im deutschen Asyl- und Aufenthaltsrechtsrecht. Aufgrund einer als ‚fremd‘ kodierten Herkunft werden Menschen anders behandelt und erfahren Einschränkungen gesellschaftlicher Teilhabe. Während Integration als Bringschuld verstanden wird, gehen einschlägige Gesetze kontrafaktisch davon aus, dass die Fluchtmigrant*innen als „fähige“ Subjekte in der Lage seien, die jeweiligen Anforderungen in der gleichen Weise zu erfüllen wie Menschen der Dominanzgesellschaft. Am Beispiel der Erfahrungen eines asylsuchenden Jugendlichen wird deutlich, dass an das Wohlverhalten der Fluchtmigrant*innen andere (ungleich anspruchsvollere) Anforderungen gestellt werden als an die Menschen der Dominanzgesellschaft. Die Rolle der Sozialen Arbeit ist dabei ambivalent. Einerseits wirkt sie an rassistischen Strukturen mit, andererseits kennt sie die Perspektive der Betroffenen und beansprucht, für deren Rechte einzutreten. Nötig sei daher, dass die Soziale Arbeit strukturellen Rassismus sichtbar macht und Handlungsoptionen zu dessen Überwindung aufzeigt.

Der Beitrag von *Christina Dieltl* und *Martin Strätling* reflektiert Erfahrungen aus einer Fachstelle für Antidiskriminierungsarbeit sowie aus der Migrationsberatung. Klientinnen und Klienten erfahren beispielsweise Diskriminierungen in Bewerbungsverfahren oder bei Polizeikontrollen, da sie aufgrund ihrer Hautfarbe oder ihrer Sprache als ‚fremd‘ etikettiert werden. Sozialwissenschaftliche Theorien zeigen demgegenüber, wie alltägliche Stereotype in Vorurteile und menschenfeindliche Überzeugungen münden, welche wiederum genutzt werden, um Diskriminierungen zu legitimieren oder zu motivieren. Diese lassen sich nicht allein als individuelle Erfahrungen verstehen, sondern beruhen auf Strukturen und sind vielfach institutionalisiert, zum Beispiel in Form von Gesetzen und Gewohnheiten. Ergänzend zur Beratung Betroffener zielt die Fachstelle deshalb darauf, für Diskriminierungen zu sensibilisieren und kollektive Bewältigung zu fördern, zum Beispiel indem Schulen, Behörden oder soziale Einrichtungen im Kampf gegen Diskriminierung unterstützt werden.

Teil 4 behandelt Probleme des Antisemitismus und Rechtsextremismus, bezieht sich also auf zwei Problemfelder, die mitunter gemeinsam auftreten, sich aber auch unabhängig voneinander finden. Neben fortbestehenden, mitunter latenten antisemitischen Einstellungen in der Mehrheitsgesellschaft findet sich der Antisemitismus als Element rechtsextremer sowie islamistischer Ideologien (vgl. Salzborn 2022). Rechtsextreme Bewegungen wiederum führen den Antisemitismus als Grundüberzeugung in mehr oder weniger subtiler Form mit sich und zeichnen sich darüber hinaus durch vielfältige andere Formen der Abwertung und Gewalt aus, wozu gegenwärtig insbesondere ein antimuslimischer Rassismus zählt.

Florian Diddens fragt nach Handlungsmöglichkeiten gegenüber Antisemitismus, der sich als soziales Problem im Gegenstandsbereich der Sozialen Arbeit befindet. Dieser lässt sich verstehen als Abwertung und Diskriminierung von Jüdinnen und Juden, die aber verknüpft sind mit einer Feindschaft diesen gegenüber, die wiederum in einem Weltbild und spezifischen Ressentiments wurzeln. Aus der Perspektive der Sozialen Arbeit sollte vorrangig unterschieden, ob Antisemitismus als engerer Gegenstand fungiert oder nicht. Im zuerst genannten Fall kann es nicht darum gehen, Antisemitismus nur als Abwertung der jüdischen Minderheit zu sehen. Vielmehr muss es darum gehen, Lern- oder Reflexionsprozesse anzustoßen, die auf die Revision geschlossener antisemitischer Feind- und Weltbilder zielen. Wenn dagegen Antisemitismus im Rahmen anderer Praxisfelder begegnet, die auf andere soziale Probleme bezogen sind, erscheint dieser als weiterer Gegenstandsbereich der Sozialen Arbeit. Dort geht es vor allem um Widerspruch gegenüber antisemitischer Diskriminierung oder der Äußerung antisemitischer Einstellungen. Dieser Widerspruch muss einer professionsspezifischen Ethik folgen und Ächtung hervorrufen.

Thomas Pfeiffer untersucht, wie Rechtsextremistinnen und Rechtsextremisten mithilfe von „Türöffner“-Themen breitere Zielgruppen jenseits ihrer eigenen Szene zu erreichen versuchen. Dazu zählten in jüngerer Zeit Islamfeindschaft und Agitation gegen Geflüchtete ebenso wie solche gegen Corona-Schutzmaßnahmen. Am Beispiel von Publikationen rechtsextremer Parteien und Organisationen wie der „Identitären Bewegung“ wird gezeigt, wie diese versuchen, eine verbreitete Skepsis gegenüber „dem Islam“ zu nutzen, um breitere Gruppen für rechtsextreme Positionen zu gewinnen. Durch Abwertungen soll eine Eigengruppe konstruiert werden, die für sich Privilegien gegenüber den ‚Anderen‘ beansprucht. Menschenrechte werden explizit oder implizit negiert. Ähnliche Mechanismen finden sich in der Agitation gegen Corona-Schutzmaßnahmen, die als Werk eines verhassten „Establishments“ gedeutet werden. Beide Strategien zielen auf eine Entgrenzung des Rechtsextremismus: Die Protagonistinnen und Protagonisten greifen Themen und Einstellungen auf, die sich in breiteren Bevölkerungsgruppen und den von ihnen getragenen Diskursen finden, um auf diese

Weise neue Adressatinnen und Adressaten für ihre rechtsextremen Programm zu gewinnen und Normalitätsvorstellungen zu verschieben.

Literatur

- Beck, Ulrich (1986): Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.) (2002): Deutsche Zustände. Folge 1. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Heitmeyer, Wilhelm/Freiheit, Manuela/Sitzer, Peter (2020): Rechte Bedrohungsallianzen. Berlin: Suhrkamp.
- Heitmeyer, Wilhelm/Schröttle, Monika (2006): Gewalt: Beschreibungen, Analysen, Prävention. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Heitmeyer, Wilhelm/Scherer, Judith/Winands, Martin (2010): Choreographen der Gewalt. In: Richard, Birgit/Krüger, Heinz-Hermann (Hrsg.): Inter-cool 3.0. Jugend. Bild. Medien. Ein Kompendium zur aktuellen Jugendkulturforschung. München: Wilhelm Fink, S. 159–162.
- Imbusch, Peter (2002): Der Gewaltbegriff. In: Heitmeyer, Wilhelm/Hagan, John (Hrsg.): Internationales Handbuch der Gewaltforschung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 26–57.
- Krappmann, Lothar (2021): Soziologische Dimensionen der Identität: Strukturelle Bedingungen für die Teilnahme an Interaktionsprozessen. 13. Auflage. Stuttgart: Klett-Cotta.
- Reckwitz, Andreas (2017): Die Gesellschaft der Singularitäten. Zum Strukturwandel der Moderne. Berlin: Suhrkamp.
- Reicher, Dieter (2022): Kollektive Identität. In: Hiebaum, Christian (Hrsg.): Handbuch Gemeinwohl. Wiesbaden: Springer, S. 105–118.
- Salzborn, Samuel (2022): Antisemitismus seit 9/11: Erscheinungsformen, Hintergründe, Dynamiken. In: Zeitschrift für Religion, Politik und Gesellschaft 6, S. 109–123.
- Scherr, Albert (2017): Soziologische Diskriminierungsforschung. In: Scherr, Albert/El-Mafaalani, Aladin/Yüksel, Gökçen (Hrsg.): Handbuch Diskriminierung. Wiesbaden: Springer VS, S. 39–58.
- Zick, Andreas/Küpper, Beate (2021): Die geforderte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2020/21. Bonn: Dietz.